



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber, Christian Zwanziger, Gabriele Triebel, Mia Goller, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/5163, 19/5893

Stand und Zukunft des EU-Schulprogramms in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung Landwirtschaft, Forsten und Tourismus zu berichten, wie sich das EU-Schulprogramm in Bayern in den Jahren seit 2017 entwickelt hat und umgesetzt wird.

In dem Bericht ist besonders darauf einzugehen,

- wie sich Zahl und Größenordnung der teilnehmenden Schulen und Kitas und der beihilfefähigen Kinder entwickelt haben,
- wie sich die Höhe der EU-Mittel und der Finanzierungsanteil aus Landesmitteln zur Förderung des EU-Schulprogramms entwickelt haben,
- wie sich in dem Zeitraum die Anzahl der Portionszahlen pro Kind und die Portionsgröße pro Kind entwickelt haben und welche Mengen an Obst, Gemüse und Milch mit der aktuellen Förderpauschale pro Kind pro Woche ausgegeben werden,
- welche Ausgabenreste in den Jahren 2023 und 2024 in das Folgejahr übertragen wurden,
- welche aktuellen repräsentativen Erhebungen zum Verzehr von Obst und Gemüse oder Milch und Milchprodukten von Kindern in Bayern vorliegen,
- wie die Staatsregierung die Lohnerhöhungen, Energiepreise und allgemeine Teuerungen in das Programm involviert, um eine rentable Realisierung zu gewährleisten,
- ob die Staatsregierung plant, die Unterstützung des Programms durch Landesmittel auszusetzen oder auslaufen zu lassen.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung Landwirtschaft, Forsten und Tourismus ausführlich zu berichten,

- in welchem Zeitraum und in welcher Form die Einrichtungen darüber informiert werden, wie sich die Kürzungen beim EU-Schulprogramm auf die grundsätzliche schulwöchentliche Versorgung der Kinder in den Kitas und Schulen auswirken bzw. in welchem Umfang sie diese einschränken,

- welche Planungssicherheit die liefernden Firmen und Betriebe zukünftig haben, die sich mit den Lieferungen für das EU-Schulprogramm ein regionales und ökologisches Standbein aufgebaut haben.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident